

Initiativen der KPÖ

Gemeinderatssitzung am 16.11.2023

Fragen	
Leinen- und Maulkorbpflicht als Lehrinhalte der Hundehalterkurse	Daniela Katzensteiner, BA
Rückschritte in der Inklusion	Philipp Ulrich
Anträge	
Alternativen für Alufolie	Metin Deveci
Sprachkurse - Österreichische Gebärdensprache für ALLE	Philipp Ulrich

Abänderungsantrag:

**Abänderungsantrag zum Dringlichen Antrag des KFG
„ADHS-Verdachtsfälle“**

Dr.in med.-univ. Amrei Lässer

Gemeinderätin Daniela Katzensteiner, BA

Dienstag, 14. November 2023

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 16. November 2023

An Frau Stadträtin Claudia Schönbacher

Betrifft: Leinen- und Maulkorbpflicht als Lehrinhalte der Hundehalterkurse

Sehr geehrte Frau Stadträtin,

der Hund gilt als „bester Freund des Menschen“, macht Freude, spendet Trost. Dass die Vierbeiner auch gern freilaufen und herumtollen wollen, ist verständlich – es liegt in ihrer Natur. Darum gibt in Graz Hundewiesen. Und quer über alle Fraktionen hinweg kann man sagen, dass wir uns davon mehr wünschen. Außerhalb dieser Zonen gibt es jedoch Regeln, die Hundehalter:innen einhalten müssen. Die Leinenpflicht in Österreich geht wie viele andere nachhaltige Reformen auf Kaiser Joseph II., nach dem auch der Platz hinter der Oper benannt ist, zurück. Um im Wiener Prater Sicherheit und Gedeihlichkeit zu gewährleisten, mussten schon bei seiner Eröffnung 1766 Hunde an der Leine gehalten werden.

Heute ist in der Steiermark das Halten von Tieren im § 3b des Steiermärkischen Landes-Sicherheitsgesetzes (StLSG) geregelt, der u.a. vorsieht, dass Hunde an öffentlich zugänglichen Orten – wie öffentlichen Straßen oder Plätzen, Lokalen oder Geschäften und ähnlichem – entweder „*mit einem um den Fang geschlossenen Maulkorb zu versehen oder so an der Leine zu führen [sind], dass eine jederzeitige Beherrschung des Tieres gewährleistet ist*“.

Eine Regel, die das sichere und friedliche Neben- und Miteinander von Mensch und Tier im öffentlichen Raum sicherstellen soll – die in letzter Zeit aber leider von immer mehr Hundehalter:innen missachtet wird. Hundebesitzer:innen, die sich an die Leinenpflicht halten, fühlen sich unwohl, Eltern sorgen sich um ihre Kinder, immer wieder ist von Bissen durch nicht angeleinte Hunde zu lesen. Zuletzt musste ein Lehrer, der bei einem Orientierungslauf seiner Schulklasse gebissen wurde, ins Krankenhaus.

Im Grüngürtel oder in Naherholungsgebieten fallen freilaufende Hunde ihrem Jagdtrieb folgend auch immer wieder Rehe oder andere Tiere des Waldes an, die dann qualvoll verenden.

Ich stelle seitens des KPÖ-Gemeinderatsklubs die

Frage

Inwieweit kann bei den Lehrinhalten der Hundehalterkurse, die durch den Magistrat angeboten werden, der Fokus verstärkt auf die Leinen- und Maulkorbpflicht gem. § 3b (3–7) gelegt werden?

Gemeinderat Philipp Ulrich

Dienstag, 14. November 2023

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 16. November 2023

An Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Betrifft: Rückschritte in der Inklusion

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Seit dem 26. Oktober 2008 ist in Österreich die UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft. Sie muss bei der Gesetzgebung bzw. der Vollziehung berücksichtigt werden und wird regelmäßig vom unabhängigen Monitoringsausschuss überprüft. Auch international werden die „Fortschritte“ alle Jahre vom UN-Fachausschuss einer genaueren Betrachtung unterzogen, das letzte Mal im vergangenen Sommer. Diese letzte Überprüfung des UN-Ausschuss stellte dem Inklusionsfortschritt in Österreich ein vernichtendes Urteil aus.

Kritik hagelte es für den Bildungsbereich, wo der Ausbau des segregierenden Schulsystems umgehend zu beenden sei und die Ressourcen für ein wirklich inklusives Bildungssystem aufgewendet werden sollen. Auch eine längst überfällige bundesweite Strategie für inklusive Bildung wird vom Fachausschuss gefordert. Auch in den Bereichen Barrierefreiheit und der De-Institutionalisierung werden Österreich keinerlei Fortschritte bescheinigt. Hier wird ebenfalls eine Strategie eingefordert.

Einer der größten Kritikpunkte seitens des UN-Fachausschuss zur UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung ist die völlige Säumigkeit der Bundesländer. Die Fachleute stellten mit „großer Sorge“ fest, dass diese der Behindertenrechtskonvention kaum Beachtung schenken. Das Bewusstsein über die Grundsätze der Konvention wird als „unzureichend entwickelt“ bezeichnet, weshalb der Bund die Länder verstärkt in die Pflicht nehmen soll.

Die Tatsache, dass Bund und Länder unterschiedliche Ansätze bei der Umsetzung der Konvention verfolgen wird ebenfalls als „irritierend“ bezeichnet. Rechtliche Maßnahmen müssen endlich geändert und aktualisiert werden. Damit die Empfehlungen des Ausschusses auch tatsächlich umgesetzt werden, sollten laut den Expert*innen dementsprechende Vorschriften erlassen werden.

Auch unser Bundesland ist bei der Umsetzung der Konvention säumig. Der eigens geschaffene Aktionsplan hat der Exklusion im Schul- und Bildungssektor nichts entgegengesetzt. Die

Ausgrenzung aus der Arbeitswelt geht munter weiter. In Graz gibt es erstmals eine eigene Inklusionsstrategie, welche neue Maßstäbe setzen soll.

Ich stelle seitens des KPÖ-Gemeinderatsklubs die

Frage

Welche Möglichkeiten siehst du, die positiven Aspekte, die Graz im Zuge der Inklusionsstrategie umsetzt, als gutes Vorbild nach außen zu tragen?

Gemeinderat Metin Deveci

Donnerstag, 16. November 2023

Antrag

Betrifft: Alternativen für Alufolie

Graz hat ein breites Angebot an Streetfood- und Imbissständen, das auch von vielen Menschen gut angenommen wird. Leider wird hier aber nicht nur gutes Essen, sondern teilweise auch viel Müll produziert. Besonders hoch ist in einigen Lokalisationen der Verbrauch von Alufolie, die in der Herstellung die Umwelt stark belastet.

Für die Aluminium-Gewinnung benötigt man Bauxit, das zu rund 60 Prozent aus Aluminium besteht. Abgebaut wird dieses Erz in Australien, China, Brasilien, aber auch in Guinea, Indien und Jamaika. Oftmals werden auch Urwälder gerodet, um an das Bauxit zu gelangen.

Bei der Verarbeitung des Bauxits entsteht der sogenannte Rotschlamm. Ein Abfallprodukt, das sich aus vielen giftigen Chemikalien wie Blei und anderen Schwermetallen zusammensetzt. Da dieser Rotschlamm nicht weiterverarbeitet werden kann wird er entweder deponiert oder in manchen Ländern gar in Gewässer geleitet. Ganze Ökosysteme werden so zerstört.

Zwar lässt sich Aluminium auch recyceln. Das Problem dabei ist allerdings, dass in jedem Produkt mehrere Arten von Aluminium verwendet werden, die sich beim Wiederverwerten nicht mehr trennen lassen. Wird das Produkt eingeschmolzen, muss es entweder mit frischem Aluminium verdünnt werden, oder es ist nur noch für bestimmte Zwecke einsetzbar. Diese Recyclingprozesse sind sehr energieintensiv und somit also auch nicht wirklich umweltfreundlich.

Einige Unternehmen haben sich darauf spezialisiert, nachhaltige Alternativen für Alufolie zu entwickeln. Als Beispiel sei hier das bayerische Unternehmen HAEPSI (<https://haepsi.com/>) erwähnt, das funktionale und nachhaltige Verpackungslösungen aus Papier speziell für Streetfood- und Imbissstände herstellt.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

Antrag

Wirtschaftsstadtrat Günter Riegler wird ersucht, den Dialog mit Imbissstandbetreibern:innen zu verstärken, um im Sinne einer ökologischen und nachhaltigen Wirtschaft Alternativen zur Alufolie als Verpackungsmittel aufzuzeigen.

Gemeinderat Philipp Ulrich

Donnerstag, 16. November 2023

Antrag

Betrifft: Sprachkurse - Österreichische Gebärdensprache für ALLE

Gehörlose und hörende Menschen leben in einer gemeinsamen Gesellschaft. Für viele hörende Menschen bleiben die Gehörlosen im Alltag trotzdem beinahe unsichtbar, denn beide Gruppen verwenden eine unterschiedliche Sprache. Gerade die österreichische Gebärdensprache (ÖGS) unterscheidet sich wesentlich von den gesprochenen Sprachen und selbst Betroffene beherrschen sie nicht immer fließend. Wie alle „Fremdsprachen“ benötigt auch die ÖGS sehr viel Übung und Routine.

Im Juni 2022 wurde vom österreichischen Nationalrat ein Antrag zur Aufnahme der ÖGS in den Schulunterricht einstimmig angenommen. Dieser sah vor, dass durch einen neu entwickelten inklusiven Lehrplan alle Schulfächer zusätzlich in Gebärdensprache angeboten werden. Zur Umsetzung hätte es diesen Herbst 2023 kommen sollen. Schnell setzte allerdings die Ernüchterung ein, es gab und gibt einfach zu wenig geschultes Personal, um gehörlosen jungen Menschen einen adäquaten Unterricht bieten zu können. Die Folgen für die Betroffenen sind katastrophal. Viele verlieren völlig unnötig Zeit in ihrer Bildungslaufbahn und müssen unverschuldet diese Verzögerungen in Kauf nehmen.

Auch abseits der tristen Bildungssituation hat es die sprachliche Minorität der Gehörlosen nicht leicht im Alltag. Nur wenige Hörende beherrschen die Gebärdensprache, was die Kommunikation zwischen den Gruppen erschwert. Es gibt zwar Angebote für den Erwerb der ÖGS, diese sind allerdings mit erheblichen Barrieren belastet.

1. Oftmals nur wenige Unterrichtsstunden und als Fortbildungsmaßnahme für Menschen im Sozialbereich zugeschnitten.
2. Hohe Preise für Interessierte. Seminare kosten im Regelfall zwischen 100 € und 200€.
3. Die wenigen Angebote sind meistens im akademischen Milieu beheimatet.

Ein kostengünstiges und niederschwelliges Angebot seitens der Stadt könnte mehr Grazer:innen motivieren, die österreichische Gebärdensprache zu erlernen um einen besseren sozialen Austausch zwischen den Menschen zu ermöglichen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

Antrag

Bildungs- und Inklusionsstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, auch in Absprache mit bestehenden Anbietern, nach Möglichkeiten zu suchen, wie der Zugang zu Kursen der österreichischen Gebärdensprache kostengünstig und niederschwellig gestaltet werden kann.